

GEW Bayern bekräftigt Forderung nach gleichwertiger Bezahlung aller Lehrkräfte

Im Landesverband Bayern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist man sich seit Jahren einig: Es ist nicht gerecht, dass Grund- und Mittelschullehrkräfte weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen an anderen Schularten. Deshalb fordert die DGB-Gewerkschaft für sie seit Langem eine bessere Bezahlung. Die Freien Wähler schlossen sich vor der Landtagswahl dieser Forderung an. Immer wieder bekräftigten sie den Anspruch nach A 13 für alle Lehrkräfte. Im Landtag stimmten sie jetzt aber gegen entsprechende Anträge der SPD, der Grünen und der FDP.

Klare Gründe sprechen für eine höhere Eingangsbesoldung für Grund- und Mittelschullehrkräfte:

Die Attraktivität des Berufs hat in den letzten Jahren stark gelitten und drückt sich auch im akuten Lehrkräftemangel aus. Viel zu wenige junge Menschen wollen den Beruf noch ergreifen. So ist zum Beispiel die Zahl der Studienanfänger*innen im Mittelschulbereich zum letzten Wintersemester um über 50 Prozent eingebrochen. Mit 28 Unterrichtsstunden haben Grundschullehrkräfte das mit Abstand höchste Stundendeputat und werden dennoch schlechter als Kolleg*innen anderer Schulformen bezahlt.

„Gerade in der Pandemie zeigte sich sehr deutlich, dass die Aufgaben der Lehrkräfte an den verschiedenen Schularten zwar unterschiedlich sind, aber in jedem Fall gleichwertig. Grundschullehrkräfte bewältigen äußerst vielfältige Aufgaben und stehen permanent vor schwierigen pädagogischen Herausforderungen. Sie haben oft mit den Anforderungen einer

sehr heterogenen Lerngruppe zu tun. Eine angemessene Bezahlung ist deshalb mehr als überfällig!“, sagt Martina Borgendale, Vorsitzende der GEW Bayern.

Im Landtag wurden nun im Ausschuss für den öffentlichen Dienst und im Plenum Anträge der Grünen, der SPD und der FDP beraten, die die Eingangsbesoldung in A 13 für Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen forderten. Obwohl Kultusminister Piazzolo zuletzt am 10. Oktober auf nordbayern.de die Forderung der Freien Wähler nach gleicher Bezahlung bekräftigte, stimmten die Abgeordneten seiner Partei im Landtag nun gegen alle diese Anträge. „Das ist nicht nachvollziehbar und macht Aussagen von führenden Politiker*innen der Freien Wähler unglaubwürdig“, kritisiert Borgendale.

In acht Bundesländern werden Grundschullehrkräfte bereits nach A 13 bezahlt. In fünf der acht Bundesländer (Baden-Württemberg, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt), in denen noch nicht nach A13 bezahlt wird, regieren die Grünen und/oder die SPD mit.

„Die Forderung der Grünen und der SPD im Bayerischen Landtag nach A 13 ist wichtig und richtig. Deutschlandweit geht die Tendenz dahin, Grund- und Mittelschullehrkräfte besser zu bezahlen und die Attraktivität des Lehramtes zu steigern. Allerdings sollten sich die Grünen und die SPD jetzt auch aufmachen, die Forderung in den Ländern umzusetzen, in denen sie selbst in der Regierungsverantwortung sind. Damit kann man dann auch den Druck auf Länder wie Bayern erhöhen“, meint Florian Kohl, stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern.

Verfasst von:
Martina Borgendale, Landesvorsitzende
Florian Kohl, stell. Vorsitzender
GEW Bayern

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Noch mehr Informationen gibt es im **GEW**erkschafts**MAGAZIN** der GEW Ansbach: www.gew-ansbach.de